

# Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Buchdruckerei: Herr. Vinck, Dresden  
und Schlesische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beingsohn mit den wöchentlichen Beilagen „Ausz der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 R.  
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettinoer Platz 10, Sempertheater Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinoer Platz 10, Sempertheater Nr. 25261 und 12707. Geschäftszelt von Mitt. 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatellseite 30 Pf., die 90 mm breite Reklameseite 1,50 R., für auswärtige Zeugen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Prog. Rabatt. Für Preisheberlegung 10 Pf.

Nr. 7

Dresden, Sonnabend den 9. Januar 1926

37. Jahrg.

## Vor dem Sozialistenkongress

Von Tony Sender

Auch in Frankreich machen sich alle Folgen des Krieges und der Friedensverträge erst jetzt ganz fühlbar. Genau wie bei uns hat man Jahre hindurch den wahren Charakter der Wirtschafts- und Finanzlage verschleiert. Während man Jahre hindurch sich vor der Finanzierung des Staatshaushalts damit drücken konnte, doch man aus die von Deutschland zu leistenden Zahlungen hinaus, ist nun durch Londoner und Dawes-Abkommen Deutschlands Leistung klargestellt, und die Politiker haben für eigene Deckungsmöglichkeiten zur Sanierung der Währung und zum Ausgleich des Staatshaushalts zu sorgen.

Die schwedende Schuld Frankreichs ist besonders hoch angelassen durch die Art und Weise, in der die französischen Regierungen die Industrialisierung des Landes und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gefördert und finanziert haben. Frankreich ist durch den Friedensvertrag Europas bedeckt und starker Exportproduzent geworden. Aber auch über den Zuwachs durch den Erwerb Elsaß-Lothringens hinaus hat die französische Schwerindustrie es vermocht, auch die Verarbeitungsindustrie von Saar, Luxemburg und Rheinland unter ihrem Einfluss zu bringen. Aber nicht nur die Montanindustrie, sondern auch andere Produktionszweige haben starken Antrieb erfahren. So wurde durch den Staat aus militärischen Gründen die chemische Industrie unterstützt und stark ausgedehnt. Elektrotechnik und Automobilindustrie haben sich aus kleinen Kriegsanfängen möglichst ausgedehnt, die Textilindustrie hat ihre Produktion ungeheuer erweitert und auch der Kohlenbergbau die schwere Schädigung des Krieges überwunden. So hat sich in Frankreich die bedeutende Wiederaufbau vollzogen: Das Schmerzen der Wirtschaft des Landes ist von der Landwirtschaft zur Industrie verschoben.

Rum hat man aber in Frankreich den zum Teil künstlichen Charakter des industriellen Auftriebs nicht erkannt. Hatte doch die Konjunktur zum Teil vorübergehenden Charakter und war bedingt durch die Bekleidungen für den Wiederaufbau und durch den Währungspunkt — auch die letzteren hatten wir ja eine Parallele in Deutschland. Die Regierung aber hat diese Aufblähung im französischen Wirtschaftskapital unterstützt durch die Art der Finanzierung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete — die großen Konzerne wurden in erster Linie berücksichtigt, kleine Gesellschaften konnten ihre Ansprüche abrufen und taten dies zu sehr billigen Preisen, um nur etwas herauszuholen. Die Regierung aber bezahlte den großindustriellen Unternehmungen in reicher Weise ihre Anstrengungen, und zwar auf dem Wege der finanziellen Notenbeschaffung, durch Emission kurzfristiger Schatzanweisungen.

Jetzt ist der Wiederaufbau so gut wie vollendet, Bekleidungen aus dieser Quelle sind nicht mehr zu erwarten, und man wird nun, daß der erweiterte Produktionsapparat, besonders der des Nordens Frankreichs, keinen dauernden Absatz finden wird. Owar ist durch den Konkurs die Ausfuhr französischer Industriewaren vorübergehend gestiegen, aber dieses Zusammenwirken von Inflation und gesteigertem Export einerseits, Berrüstung der Währung und Defizit im Staatshaushalt andererseits führen zu ähnlichen Ereignungen, wie wir sie endlich überwunden haben. Die Vertreter des Staates und insbesondere die der Arbeiterschaft erkennen die unabdingbare Notwendigkeit der Stabilisierung, die Industrie fürchtet sie und glaubt in der selben Kurzfristigkeit wie ihre deutschen Kollegen Ruhmreicher weiterer Inflation sein zu können.

Die Stabilisierung wäre möglich durch energische Finanzmaßnahmen mit dem Ziel der Stabilisierung der Währung und der Sanierung der Staatsfinanzen. Das würde in Frankreich aus verschiedenen Gründen leichter möglich sein, als es in Deutschland war, es hätte auch für die breiten Massen dadurch nicht die gleich schweren Folgen, daß Frankreichs Industrie in ihrem bisherigen Unisono nur durch ein an zwei Millionen starken Export ausländischer Arbeiter aufrecht erhalten werden könnte und dies natürlich nun bei einer Krise zuerst abgestoppt würde.

Dennoch schreien die bürgerlichen Parteien vor dieser einmal doch unvermeidlichen Sanierung zurück. Drücken sie sich vor den finanziellen Opfern, oder glauben sie die Sanierungskrise vermeiden zu können? Das eine wie das andre.

Aus dieser ganzen Situation heraus aber ist die schwierige Lage der französischen Politik und insbesondere des französischen Sozialismus ersichtlich. Unsre Genossen sind enttäuscht, keinem Finanzprogramm zugestimmt, das die Gefahr neuer Inflation mit sich bringt. Die Politik des Kärtells, des Zusammenspielens der demokratischen Linken mit dem Sozialfonds hat zweifellos wichtige Außenpolitische Erfolge gezeigt, deren Resultat ja besonders bei uns fühlbar wurde. Aber genau wie in Deutschland müssen auch unter französischen Genossen erfahren, daß es viel schwerer ist, mit den gleichen Parteien Innopolitik im Interesse des Proletariats zu treiben. So war in den letzten Monaten selbst die Unterstützung des demokratischen Kabinetts durch die außerhalb der Regierung stehende sozialistische Fraktion wiederholt unmöglich geworden. Außerdem fängt das Volk an, ungeduldig zu

werden. Es fühlt die Gefahr des Chaos und sieht die Möglichkeit der Verantwortlichen.

Daraus folgert nun ein Teil der Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion, daß es Pflicht der Sozialisten sei, in dieser Stunde nationaler Gefahr in die Regierung einzutreten und die Mitverantwortung zu tragen, schon um dem drohenden Totalitarismus zu begegnen. Diese Genossen waren es auch, die auf die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages drängten.

Die zahlreichen vorangegangenen Kongresse und anderen zentralen Tagungen der Partei hatten bisher stets die Koalitionspolitik verworfen. Diese Sichtung wird auch heute noch von einem beträchtlichen Teil der Fraktion und insbesondere der Parteileitung verworfen. Sie bezeichnen es bereits als durch die Erfahrung erwiesen, daß auch mit den bürgerlichen Linksparteien kein gemeinsames Programm zu schaffen möglich sei. Der Eintritt der Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett könne nur den Charakter und den Wert sozialistischer Parlamentspolitik ab schwächen und föhren. In allen ernsten Fragen werde dadurch eine wirksame Geltendmachung wirklich sozialistischer Forderungen unmöglich, man gelange zu gefährlichen Kompromissen. Das bedeutet indessen kein Zurücktreten vor Verantwortung. Im Gegenteil! Man sei bereit, die volle Verantwortung für die eigene Politik zu tragen und alles für die Rettung des Landes zu tun durch die alleinige Übernahme der Regierung oder durch die Bildung einer Regierung, in der die Sozialisten die starke Majorität und den ausschlaggebenden Einfluss haben. Jedes Partei mit den Bürgerlichen indessen bringe die schwerste Schüttung für die sozialistische Bewegung und vergrößere dadurch auch die reaktionäre Gefahr.

Beide Auffassungen wurden im Populaire in je einem Bericht niedergelegt. Die Föderationen nahmen dazu Stellung und votierten teils für, teils gegen die Koalition. Bis her scheint es, daß die ablehnende Stellung überwiegt. Aber in jedem Falle wird es in Paris eine eingehende gesetzliche Ausprägung über das Koalitionsprogramm geben, deren Resultat die ganze französische Politik mit Spaltung erwartet.

## Die Stellungnahme der Partei Genossen

P. Boris, 9. Januar. (Eig. Ausspruch). Der Kongress der sozialistischen Verbände des Seine-Departements hat sich am Freitag mit 2084 gegen 1870 Stimmen gegen die Beteiligung der Partei an einer bürgerlichen Regierung ausgesprochen. Dieses Ergebnis überzeugt ein wenig durch die nicht besonders große Mehrheit, überzeugt aber noch mehr durch den bedeutenden Zusammenschluß, den die Anhänger der Regierungsbeteiligung gewonnen haben. Die zahlreichig städtischen Einzelgruppen haben meist für die Beteiligung gestimmt. Deutlich ist auch, daß die Abteilung des sozialen Segments der ministeriellen Beteiligung sowohl in Blau als auch mit 130 gegen 90 Stimmen für den Eintritt der Partei in die Regierung ausgesprochen hat. Der Pariser Kongress hat dann als Delegierte zum außerordentlichen Parteitag 7 Vertreter der Räte, Beteiligung und 5 Anhänger des Eintritts in die Regierung gewählt, die über 90 bzw. 6 Mandate verfügen.

## Gesamtvon beiden

P. Boris, 8. Januar. (Eig. Drauß.) Nach der Entscheidung des sozialistischen Parteitages am Sonntag wird bereits am Montag die politische Arbeit wieder aufgenommen. Es tritt sofort der Finanzausschuß der Kammer zusammen. Er findet außer der Finanzvorlage des Finanzministers Doumer einen Gegenentwurf des drei Linksparteien vor, die in ihm ihre Sanierungswünsche unterteilen. Die Vorlage Doumers ist fast ausschließlich auf die Webselbstlastung von Verbrauch und Verfall unter weitgehender Schonung der direkten Steuern aufgebaut, während der Gegenentwurf der Linken die Mittel zum Ausgleich des Haushalts in erster Linie aus einer schwächeren Eröffnung der Einkommenbesteuerung, die Mittel zur Amortisierung der Schulden durch direkten Zugriff auf das Kapital in der doppelten Form einer Reform des Erbrechts angesehen des Staates sowie einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögen beschaffen will.

Das Ausgangs des Kampfes zwischen diesen beiden Wegen dürfte die innerpolitische Entwicklung in Frankreich für die nächsten Monate bestimmt werden. Hinsetzt sich in der Finanzkommission eine Mehrheit für die Vorlage Doumers, dann ist es mit der Politik des Kartells, das in der politischen Führung durch eine neue, von der Rechten unterstützte Mehrheit der Mittelparteien abgelöst würde, für absehbare Zeit zu Ende. Im andern Fall ist eine neue Kabinettstrafe mit eindeutigen noch nicht abzusehenden Folgen unvermeidlich.

## Der Syndikus Sr. Hoheit

Ein wackerer Volksvertreter

Die Freitagverhandlungen des Rechtsausschusses des Reichstags überließen der Nachwelt erfreuliche Weise das Bild eines wackeren Volksvertreters, wie ihn der deutsch-nationale Wähler und Obmann des Kriegervereins ins Parlament zu schicken gewohnt ist — Herrn Everling, den „Syndikus“ Sr. Hoheit des Herzogs von Altenburg. Wie der thüringische Finanzminister berichtet, hat der Herzog von Altenburg den Auseinandersetzungsvortrag aus dem Jahre 1919 im Januar 1926 angehört auf Grund der Vereinbarungen über „Trotz und Schwang“. Der Herzog hatte eine einmägige Abfindung von fünf Millionen Mark erhalten, worfür der gesamte Domänenbesitz mit Ausnahme des Schlosses „Fröhliche Wiederunft“ Staats Eigentum wurde. Herrn Rechtsanwalt Dr. Everling scheint dieses Schloß ein gutes Odem für Rückkehr seines angestammten Herrscherhauses bedeutet zu haben, und er nahm selbstverständlich gegen ein gutes Honorar als Vertreter des Herzogs von Altenburg die „Interessen“ der thüringischen Partei wahr.

Wie man eine derartig schwierige Aufgabe als ein vom Volk gewählter Abgeordneter löst, beweist uns schlagend dieser deutlich nationale Herr. Er ist zwar vom Volk gewählt im Glauben, daß er die Interessen der Bevölkerung gegen alle Vermögensansprüche an die Allgemeinheit vertreten wird. Das führt Herrn Everling aber keineswegs in seinem Doppelpunkt: von der deutschen Republik nimmt er die Dienste des Abgeordneten und bei dem Herzog von Altenburg läßt er die Prozesse eines sehr lukrativen Rechtsstreites ein. Selbstverständlich hütet er sich, mit einem Wort auf diese Doppelstellung hinzuweisen und bezeichnet sich bei seinen schriftlichen und mündlichen Plädoyers für seinen Geldgeber und Altenburgs höchsten Herrn nicht als „Rechtsanwalt des Herzogs von Altenburg“, sondern schlicht und bieder als „M. d. R.“

So leben die deutlich nationale Zittenvorredner und Erneuerer des öffentlichen Lebens aus! Die eine Hand erhoben für die Interessen des Volkes, für den armen Spater und den kleinen Mann, die andre aber schügend geleistet vor Sr. Hoheit Portemonnaie und Kostenschatz!

Der Rechtsausschuss des Reichstags setzte am Freitag die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern fort. Diesmal war der preußische Finanzminister Dr. Höpfer-Althoff persönlich erschienen. Er berichtete zunächst über den Stand der Dinge in Preußen. Der Minister erklärte, daß die preußische Staatsregierung den Vergleich mit den Hohenzollern geschlossen habe, weil sie nach der Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages mit einer rechtsgerichtlichen Regelung nicht mehr hätte rechnen können. Mehr

Noch weniger habe Preußen die Auseinandersetzung den Gerichten weiter überlassen können, ohne daß der preußische Staat großen Schaden erlitten hätte. Aus diesen Gründen sei der Finanzminister zum Abschluß eines Vergleichs ermutigt worden. Dieser Vergleich ist geschlossen vorbehaltlich der Zustimmung des Staatsrats und des Landtags. Preußen habe ihm nicht fröhlichen Herzen angenommen. Wenn sich jetzt noch eine andre Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem Königshaus durch rechtsgerichtliche Regelung bietet, so würde Preußen selbstverständlich davon Gebrauch machen. Noch einmal unterstrich der Finanzminister, daß die Gerichtsentscheide bisher alle gegen den Staat ausgeschlagen sind, der weiter einen ungemeinen Schaden erleben würde, wenn die Staatsregierung nicht den Vergleichsweg beschritten würde.

Auf Fragen verschiedener Abgeordneter erläuterte der preußische Finanzminister, daß nach dem Vergleich der Wert des Staates ausfallenden Vermögensstücke auf 696 Millionen Mark, der Wert der Hohenzollern zusammenden auf

184 Millionen Mark

geschäfft werde. Dabei seien aber Vermögensstücke berücksichtigt, die in streitig waren. Der jüngste Vergleich ist aber nicht 184 Millionen handelt, da es sich um entwertete Vermögensstücke handelt. Der Minister schloß seine Darlegungen mit der Sicherung, daß die preußische Regierung den Vergleich nicht abgeschlossen haben würde, wenn sie freie Hand gehabt hätte. Sie sei aber nach Lage der Verhältnisse dazu gezwungen gewesen. Der Abgeordnete noch fügt den Angaben des Ministers hinzu, daß u. a. dem Staate Schäden im Werte von 350 Millionen Mark zufallen, die unstrittig immer Staats Eigentum waren.

Für den thüringischen Staat ergänzte dann der Finanzminister von Müchener seinen Bericht über die Auseinandersetzung Thüringen mit den vielen Fürstenhäusern.

Als Genosse Dr. Rosenfeld im Angriffe von Geiss den bat, mit denen der Herzog von Altenburg seine Auseinandersetzung begründete, erklärte Finanzminister von Müchener: „Darauf wird am besten der Abg. Everling Auskunft geben können, der ja Vertreter des Herzogtums ist.“ Diese Erklärung des thüringischen Finanzministers löste im Ausland eine wahre Bewegung aus. Hatte doch Dr. Everling, den die Deutschen als Verteidiger der Interessen der thüringischen Landesverbindung in den Auslanden eingesetzt haben, sich schon seit Wochen als Vertreter der Interessen der Abgeordneten aufgespielt und auch im Ausland das große Wort als Vertreter der Fürstenhäuser gehabt. Genosse Rosenfeld gab sofort die Erklärung ab, daß unmöglich ein Mitglied des Reichstags im Rechtsausschuss als Vertreter einer Prozeßpartei, mit der sich der Reichstag auseinandersetzen wollte, sitzen könne. Verteidigerweise fühlte sich der Verteidiger, der Volksverteiler Dr. Althoff, veranlaßt, den milden Aufruhr „unrechtes Verfahren“ zu rufen, den Genosse Rosenfeld auf Everlings Verhalten hinzuwarf. Er versuchte vielmehr es als harmlos hinzustellen, wenn ein Mitglied des